

Dissertationsprojekt:
*Die Anerkennungspolitik der DDR anhand der
 Fallstudien Niederlande, Belgien und
 Dänemark 1949–1973*

Forschungsstand zur Nichtanerkennung der DDR

Die Deutsche Demokratische Republik suchte seit der Gründung 1949 die internationale diplomatische Anerkennung. Die Bundesrepublik Deutschland verwehrte ihr jedoch unter den Stichworten ‚Alleinvertretungsanspruch‘ und ‚Hallstein-Doktrin‘ in enger Zusammenarbeit mit den NATO-Staaten die Anerkennung. Sie nahm für sich in Anspruch, der einzige demokratisch legitimierte Vertreter der Deutschen zu sein; deshalb würde sie jede Anerkennung der DDR als einen unfreundlichen Akt ihr selbst gegenüber betrachten. Weil ihr auf diese Weise der Zugang zur internationalen Arena versperrt war, verbrachte die DDR die ersten beiden Jahrzehnte als internationaler Paria, der nur von den sozialistischen Bruderländern anerkannt worden war. Dennoch versuchte sie, diplomatische Beziehungen zu westlichen und neutralen Staaten herzustellen. Diese Bemühungen um Anerkennung – kurz: die Anerkennungspolitik – bildeten bis Anfang der siebziger Jahre eine ‚außenpolitische Generallinie der DDR‘, so die graue Eminenz der DDR-Forschung, Hermann Weber.¹ Deshalb ist es verwunderlich, daß der Anerkennungspolitik in der Forschung bisher kaum Aufmerksamkeit gewidmet worden ist. Die Dissertation von Bert Becker ist bisher die beste Arbeit auf diesem Gebiet.²

Die bilateralen Beziehungen der DDR zu den drei Fallstudienländern (Belgien, Dänemark und den Niederlanden) sind ebenfalls kaum erforscht worden – selbst nach Öffnung der ostdeutschen Archive. Nur zu dem Verhältnis zwischen den Niederlanden und der DDR liegt eine gute Monographie zur niederländischen Perspektive vor. Es handelt sich um die Dissertation von Jacco Pekelder über *Nederland en de DDR. Beeldvorming en betrekkingen 1949–1989*.³ Im vergangenen Jahr erschien dann ein erster

- 1 H. WEBER, Buchbesprechung von J. STAADTS Buch *Die geheime Westpolitik der SED 1960–1970*, in: *Historische Zeitschrift*, Bd. 261, August 1995, S. 325.
- 2 Leider schloß Becker die Schreib- und Forschungsarbeit gerade vor der deutschen Einheit ab, wodurch er nicht in der Lage war, die nun geöffneten ostdeutschen Archive zu berücksichtigen. B. BECKER, *Die DDR und Großbritannien: 1945/49 bis 1973. Politische, wirtschaftliche und kulturelle Kontakte im Zeichen der Nichtanerkennungspolitik*, Bochum 1991. Weiter ist hierzu erschienen: A. TROCHE, *Ulbricht und die Dritte Welt. Ost-Berlins ‚Kampf‘ gegen die Bonner ‚Alleinvertretungsanmaßung‘*, Erlangen/Jena 1996. Troche hat jedoch keine einzige Archivquelle benutzt und wirft regelmäßig mit reißerischen Rundumschlägen um sich, wodurch sich der Wert dieser Arbeit in Grenzen hält.
- 3 J. PEKELDER, *Nederland en de DDR. Beeldvorming en betrekkingen 1949–1989*, Amsterdam 1998. Zur belgisch-ostdeutschen Freundschaftsgesellschaft liegt eine unver-

Sammelband, der auf Archivforschungen zu den ostdeutschen Auslandsbeziehungen basiert und auch die drei genannten Länder thematisiert hat.⁴

*Fallstudien der Anerkennungspolitik:
Belgien, die Niederlande und Dänemark*

Die Dissertation soll zur Schließung dieser Forschungslücke in der DDR-Geschichte der Anerkennungspolitik und der Beziehungen zu westeuropäischen Staaten beitragen. Dabei widmet sie sich der Frage, wie der sozialistische Staat DDR versuchte, Bürger europäischer Demokratien für sich zu gewinnen. Die DDR sprach nämlich diese Bürger direkt an, um indirekt Druck auf deren Regierungen auszuüben, die den Kontakt mit dem ostdeutschen Staat verweigerten.

Die Überprüfung der Anerkennungspolitik anhand von Fallstudien zu einzelnen westeuropäischen Ländern soll ein Licht auf mehrere Ebenen der DDR-Außenpolitik werfen. Erstens hinderten die NATO-Staaten bis zur Welle der Anerkennungen um die Jahreswende 1972/73 die DDR erfolgreich daran, am normalen internationalen Leben teilzunehmen. Deswegen beschränkte sich die ostdeutsche Westpolitik bis 1973 weitgehend auf Anerkennungspolitik.

Zweitens gibt es immanente Gründe, die Anerkennungspolitik aus dem Blickwinkel von drei Ländern heraus zu betrachten. Um die Strategien, Methoden, Erfolge und Mängel ermitteln zu können, soll erforscht werden, wie die von Ost-Berlin aus geplante Anerkennungspolitik ‚vor Ort‘ umgesetzt wurde. Würde man nur die weltweite Anerkennungspolitik der DDR erforschen, so könnte man sich auf die allgemeinen Akten der Partei- und Staatsorgane der DDR beschränken. Damit geriete man allerdings in Gefahr, in die Fußstapfen der ostdeutschen Selbstverblendung zu treten. Man würde primär Aussagen über die Quantität der Anerkennungspolitik gewinnen, weniger jedoch über deren Qualität. Eine Übersicht aus dem Jahr 1971 läßt beispielsweise erkennen, daß in der beachtlichen Zahl von 56 Ländern ein Komitee für die Anerkennung der DDR oder eine Gesellschaft für Freundschaft mit der DDR existierte – häufig auch beides zugleich. Kurz vor Gründung des niederländischen Anerkennungskomitees 1970 wurde in einer allgemeinen Übersicht berichtet, daß es ‚in den Niederlanden starke Kräfte für die Anerkennung der DDR‘ gebe. Das tatsächliche Bild wird erst deutlich aus Quel-

öffentliche Magisterarbeit der Universität Gent vor: H. COTTYN, *De Vereniging België-DDR 1958-1991*, Gent 1995.

⁴ U. PFEIL (Hrsg.), *Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949-1989*, Berlin 2001. Darin u.a. C. HORSTMEIER, *Die DDR und Belgien (1949-1972)*, S. 309-327; J. PEKELDER, *Vom ‚Sowjetdeutschland‘ zum ‚roten Preußen‘. Niederländische Wahrnehmungen der DDR*, S. 291-308; K.C. LAMMERS, *Nachbarschaft und Nicht-Anerkennung. Probleme der Beziehungen zwischen Dänemark und der DDR (1949-1973)*, S. 273-289. Lammers erforscht die Beziehungen zwischen Dänemark und der DDR aus der dänischen Perspektive, während sich meine Studie der ostdeutschen Sichtweise annimmt.

len, die sich auf die Niederlande selbst beziehen: Die Mehrheit unter den Komiteemitgliedern hat nie an einer Versammlung teilgenommen, sondern lediglich eine Unterstützungserklärung unterschrieben. Außerdem betrug der Gesamtetat für den Zeitraum zwischen 1970 und 1973 nur 3.800 Gulden.

Drittens soll mit der Dissertation die Geschichte der Beziehungen zwischen der DDR und den drei Ländern weiter erhellt werden. Bisher sind lediglich die deutsch-deutschen Beziehungen eingehend erforscht worden, und zwar vor allem aus westdeutscher Perspektive. Diese Beziehungen trugen aber naturgemäß einen besonderen Charakter und sind somit nur bedingt aussagekräftig für die Westbeziehungen der DDR. Das Dissertationsvorhaben will dagegen den Schwerpunkt von den innerdeutschen Sonderbeziehungen verlagern. Es soll erforschen, welche Schlußfolgerungen der ostdeutsche Staat für sein Verhältnis zu Drittstaaten aus der deutschen Teilung zog. Die Anerkennungspolitik der DDR kann nämlich als die außenpolitische Widerspiegelung ihrer innerdeutschen Deutschlandpolitik betrachtet werden. Die Energie, die Ost-Berlin in die Anerkennungspolitik investierte, hing deutlich von der deutschlandpolitischen Taktik auf der innerdeutschen Ebene ab. Auf diese Weise kann überprüft werden, wann die DDR-Führung welche deutschlandpolitischen Ziele verfolgte – bar aller von Immobilität bedingten innerdeutschen Propaganda. Die Anerkennungspolitik bildet förmlich eine Meßlatte für die Deutschlandpolitik.

Die Auswahl der Fallstudienländer liegt darin begründet, daß alle drei kleinere NATO-Mitglieder im Nordwesten Europas waren und im Hinblick auf den internationalen Einfluß und die Ausrichtung auf West-Deutschland gut miteinander zu vergleichen sind. Ihre Reaktionen auf die Ost-Berliner Versuche zur Einflußnahme können häufig als gegenseitig kontrastierende Beispiele dienen, wodurch Rückschlüsse auf die allgemeinen Aspekte der Anerkennungspolitik besser untermauert werden können. Dabei hoffe ich, nicht die Besonderheiten eines einzelnen Landes zu verallgemeinern, sondern zu einem differenzierten Gesamtbild zu kommen.

Belgien und die Niederlande bilden einen idealen *ceteris paribus*-Fall. Die Organe und Personen, die in der DDR für die Anerkennungspolitik Verantwortung trugen, waren in diesen beiden Fällen die gleichen. Denn die Niederlande wurden innerhalb der für die Anerkennungsbewegung unmittelbar verantwortlichen ‚Liga für Völkerfreundschaft‘ der bereits existierenden ‚Deutsch-Belgischen Gesellschaft‘ angegliedert. Allerdings stieß die DDR in Belgien auf einen günstigeren Boden als in den Niederlanden. Zum Beispiel empfing der belgische Außenminister schon 1965 den ranghöchsten ostdeutschen Außenpolitiker, Hermann Axen, insgeheim in Brüssel. In den Niederlanden dagegen dachten in dem Jahr sozialdemokratische Jungtürken unter Führung von Jan Nagel darüber nach, eine erste, inoffizielle Parteidelegation in die DDR zu entsenden. Infolgedessen hat Ost-Berlin die Niederlande nie – wie zeitweise Belgien und Dänemark – als ein Schwerpunktland behandelt.

Dänemark macht die Reihe der kleineren, an Deutschland grenzenden NATO-Staaten vollständig. Eine wichtige Rolle spielte hier die (1958 gestartete) jährliche ‚Ostseewoche‘ in Rostock, wo die nicht-kommunistischen Länder der Ostsee mit der Losung ‚Die Ostsee soll ein Meer des Friedens sein‘ umworben wurden. Der Aufwand hätte sich für Dänemark allein nie

gelohnt. Dänemark zeichnete sich allerdings durch einen wichtigen Unterschied zu den beiden anderen Fallstudienländern aus. Abgesehen vom westdeutschen Rivalen war Dänemark der einzige NATO-Staat, an den die DDR grenzte – wenn auch im Meer.

Mittel und Methoden der Anerkennungspolitik

Zu den Mitteln, die Ost-Berlin in der Anerkennungspolitik einsetzte, gehörten die ‚nationalen Freundschaftsgesellschaften‘ und ‚Anerkennungskomitees‘ in den Zielländern. Diese betrachtete die DDR als das Kernstück der Anerkennungspolitik. Diese Organisationen wurden von Bürgern der Zielländer selbst gegründet und verwaltet, wodurch sie sich formal der Macht der DDR entzogen. Die DDR beeinflusste sie aber über eine intensive Zusammenarbeit mit den Generalsekretären dieser Organisationen, die nahezu immer von den lokalen Bruderparteien gestellt wurden. Darüber hinaus finanzierte die DDR diese Vorfeldorganisationen – wenigstens in den drei Fallstudienländern. Das niederländische Anerkennungskomitee hat 1.000 der bereits erwähnten 3.800 Gulden aus der DDR bekommen; die 1958 gegründete belgische Freundschaftsgesellschaft wurde jährlich mit etwa 60.000 Mark subventioniert (Stand: 1970), darunter fiel das Gehalt für die Generalsekretärin. Der 1960 gegründeten dänischen Freundschaftsgesellschaft mußten sogar fast alle Finanzmittel aus Ost-Berlin zugeschleust werden.⁵ Die DDR unterstützte Anfang der siebziger Jahre die Freundschaftsgesellschaften im Ausland mit jährlich insgesamt nahezu einer Million Mark. Auch den Finanzierungsmethoden der internationalen Anerkennungsbebewegung muß also Aufmerksamkeit gewidmet werden, um Einblick in die internationalen Geldströme und die damit verbundene verdeckte Einflußnahme zu gewinnen.

Vor allem der – formal unabhängige – Dachverband der europäischen Anerkennungskomitees und Freundschaftsgesellschaften, das ‚Ständige Internationale Komitee für die Anerkennung der DDR‘, war von Anfang bis Ende eine ostdeutsche Schöpfung. Diesem multilateralen Dachverband gehörten alle nationalen Freundschaftsgesellschaften und Anerkennungskomitees in Europa an. Sowohl die Idee als auch die Initiative zur Gründung, die Konzepte sowie die Finanzierung stammten aus der DDR. Schon alleine für die Gründung im Juni 1968 hat die DDR 250.000 Mark ausgegeben. Dieses Komitee, das nach dem Gründungsort meist kurz ‚Helsinki-Komitee‘ genannt wurde, konnte die DDR in alltäglichen organisatorischen Hilfeleistungen hervorragend nach ihren Wünschen beeinflussen. Über diesen Dachverband

⁵ Das 1971 gegründete dänische Anerkennungskomitee war eine Ausnahme: Es scheint kein Geld aus der DDR angenommen zu haben. Es wurde auch nicht von dänischen Kommunisten, sondern von Sozialdemokraten gesteuert; siehe C. HORSTMEIER, *Denmark and Divided Germany, 1949–1973*, in: DERS. u.a. (Hrsg.), *North by Northwest. Scandinavia and North-Western Europe: Exchange and Integration, 1600–2000*, Druck in Vorbereitung.

hatte sie außerdem einen unverdächtig wirkenden Zugriff auf die daran beteiligten nationalen Gesellschaften.

Die Methoden der Anerkennungspolitik habe ich bereits an anderer Stelle dargelegt.⁶ In diesem Zusammenhang ist zunächst die Guerillataktik zu erwähnen, d.h. der Versuch zur schiebchenweisen Normalisierung der Beziehungen zu einzelnen Ländern im Verlauf von mehreren Jahren. Sodann die Kontaktpolitik, d.h. jede, möglichst offizielle Kontaktaufnahme mit einem Land außerhalb des Ostblocks bedeutete einen Sieg über der Isolierung, die die ‚Hallstein-Doktrin‘ intendierte. Und schließlich geht es um die demonstrative Präsenz, die in westlichen Ländern über den Brückenkopf der ostdeutschen Handelsvertretungen und des Sports erreicht werden sollte. Allerdings nahm der ostdeutsche außenpolitische Apparat diesen letzten Faktor – zu Unrecht – weniger wichtig und hat dazu wenig Material hinterlassen. Folglich steht der Sport nicht im Mittelpunkt meiner Arbeit, die sich auf die DDR-Perspektive konzentriert.

Überhaupt war die Notwendigkeit zu einer jahrzehntelangen Anerkennungspolitik der DDR ein Erfolg für die Bundesrepublik und ein Mißerfolg der DDR. Man muß sich vor Augen halten, daß die DDR in dem Zeitraum von 1949 bis 1990 über die Hälfte der Zeit nicht allgemein anerkannt gewesen ist: Auf 23 Jahre konzertierte Nichtanerkennung sollten nur 17 Jahre weltweiter diplomatischer Beziehungen folgen.

Zusammenfassung: Forschungsfragen

Zusammenfassend sind drei Fragen zu beantworten: 1) die Frage nach den Strategien und den Mitteln zur Einflußnahme, die die DDR in der Anerkennungspolitik angewandt hat, 2) die Frage nach den Erfolgen, die sie darin erzielt hat, und 3) die Frage nach den Differenzierungen zwischen den drei Fallstudienländern in der Rezeption der Anerkennungspolitik und in den von der DDR eingesetzten Mitteln.

Die Arbeit beginnt mit einem ‚DDR-Kapitel‘ zu Außenpolitik und Anerkennungskampagnen. Weitere Kapitel bilden die Fallstudien Niederlande, Belgien und Dänemark. Diese widmen sich den bilateralen Beziehungen zur DDR und besonders den Vorfeldorganisationen, nämlich den ‚Nationalen Freundschaftsgesellschaften‘ und Anerkennungskomitees. Ein Kapitel vergleicht die Verhandlungen von 1972 über die gegenseitige Anerkennung, und ein abschließendes Kapitel faßt die Erfolge und Fehlschläge der ostdeutschen Anerkennungspolitik zusammen.

Die Quellen stammen in erster Linie aus DDR-Archiven: der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv und dem ostdeutschen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten. Desweiteren werden Bestände aus dem Auswärtigen Amt bzw. den Außenministerien der Bundesrepublik Deutschland, der Niederlande, Belgiens und Dänemarks ausgewertet. Schließlich werden für die Niederlande zusätzlich

⁶ C. HORSTMIEIER, *Die Maus, die brüllte. Methoden der Anerkennungspolitik der DDR*, in: *Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte*, Halle 2001, H. 9, S. 57-79.

die Archive des Ministerrates und der kommunistischen Partei in die Untersuchung einbezogen. Das Projekt wird von der Friedrich-Ebert-Stiftung (Bonn), dem Institut für Europäische Geschichte (Mainz) und einer Eigenfinanzierung gefördert. Doktorvater ist Prof. Dr. Friso Wielenga (Münster); Prof. Dr. Hans van Koningsbrugge (Groningen/Moskau) ist niederländischer Zweitgutachter. Die Arbeit soll im Laufe des Jahres 2002 abgeschlossen werden.

Carel Horstmeier